

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle mit dem Postgebühren 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2,50 RM. Einzelnummern 10 Pf. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wilsdruff, Markt 1. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Wichtigste Nachrichten: Die Tagespresse Nummer 20 Wilsdruff, die 4. Ausgabe des amtlichen Bekanntmachungen des Reichspräsidenten, die Tagespresse Nummer 20 Wilsdruff, die 4. Ausgabe des amtlichen Bekanntmachungen des Reichspräsidenten, die Tagespresse Nummer 20 Wilsdruff, die 4. Ausgabe des amtlichen Bekanntmachungen des Reichspräsidenten.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 162. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Wilsdruff“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 14. Juli 1927

## Der Papierstrom nach Belgien

Der englische Abgeordnete Bonsonby, der der Arbeiterpartei angehört, hat nicht unrecht mit seiner Bemerkung, daß der Ton zwischen der Berliner und der Pariser Regierung scharfer geworden sei, als sich das mit der Locarnopolitik verträge. Bonsonby hätte einige Tage später hinzufügen können, daß auch zwischen Brüssel und Berlin unharmonische Töne laut geworden sind. Die Beschuldigungen des belgischen Kriegsministers de Broqueville über deutsche Verträge gegen die Versailler Bestimmungen, wonach die Reichswehr ihre Angehörigen erst nach 15jähriger Dienstzeit entlassen dürfe, schloffen den Vorwurf einer neuen Verletzung der Entlassung in sich, veranlaßten zwar deutsche amtliche Vorstellungen beim belgischen Außenminister Vanderveelde, wurden aber — natürlich als lauterste Wahrheit! — von der französischen Presse begierig aufgenommen und gegen eine Beschränkung der Rheinlandräumung ausgenutzt, die ja jetzt, nach Beendigung der Ostentfaltung, für uns Deutsche brennender denn je ist.

Vanderveelde freilich ist ganz anderer Ansicht. Er hat eine Rede vor der Kammer gehalten und ist dabei auf jene deutschen Vorstellungen über die Beschränkungen seines Kollegen de Broqueville gar nicht eingegangen, obwohl er sich doch sonst breit genug über das Verhältnis Deutschlands zu den Westmächten äußerte. Was nicht es denn eigentlich, wenn auch er des längeren über den Fortbestand der Locarnopolitik spricht, im gleichen Atemzuge aber ausführt, daß die Art der Friedensaufassung, wie sie in den Reden Poincarés und Stresemanns zutage tritt, recht verschieden sei. Ebenso verschieden ist in seinen Augen auch die Auslegung der vom Deutschen Reich aufgestellten Forderungen, die von deutscher Seite für unumgänglich notwendig gehalten werden, während sie von Belgien und Frankreich für übertrieben oder wenigstens für verfrüht gehalten werden. Man weiß, um welche deutsche Forderung er dabei herumgeht wie die Frage um den heißen Brei: es ist eben die Rheinlandräumung, die allerdings von Deutschland für mit jedem Tage unumgänglich notwendiger gehalten wird.

Genau wie sein Kollege de Broqueville neue Beschuldigungen gegen Deutschland erhebt, so stellt Vanderveelde neue Forderungen auf. Es ist der Streit um die Marktschleife, die während der Kriegszeit von der deutschen Okkupationsbehörde in Belgien ausgegeben, nach dem Rückzug unserer Truppen von der belgischen Behörde auf gekauft wurden und nun in einem Nominalbetrag von rund sechs Milliarden Mark in den Tresors der belgischen Staatsbank lagern. Um die Jahreswende 1918/19 ist aber eine wilde Spekulation getrieben worden: dem auf die Kunde von der Einführungsvereinfachung ergoß sich ein breiter Strom deutscher Papiermark aus Nordfrankreich, Holland, ja sogar aus dem deutschen Rheinland nach Belgien. Das sehr vieles nicht stimmt, hat Vanderveelde jetzt selbst zugegeben; denn es sei nicht schlüssig, welche Markbeträge aus Holland nach Belgien eingeführt seien, um die „Schuld Deutschlands“ zu vergrößern. Von einer solchen kann aber überhaupt nicht mehr die Rede sein, seit durch den Dawes-Plan sämtliche deutschen Zahlungsverpflichtungen ohne jede Ausnahme festgelegt worden sind, und deswegen ist die Behauptung Vanderveeldes, Deutschland habe die Verpflichtung, seinerseits nun diese im belgischen Besitz befindlichen Papiermarkbeträge einzulösen, bereits grundsätzlich anerkannt, nichts anderes als eine Behauptung à la Broqueville. Und daran wird nichts geändert, wenn er auch diese Behauptung noch so oft aufstellt. Als Fühler ausgehreckt wurden, wonach Belgien gegen Entgelt auf die und durch die Parze einer „Volksabstimmung“ entzerrten Gebiete von Eupen und Malmedy verzichten wollte, scheint man deutscherseits die Andeutung gemacht zu haben, diesen Entgelt in die Form einer teilweisen Einlösung jener Papiermarkbeträge zu stellen, aber selbstverständlich nie in ganzer Höhe oder gar zum Nennwert. Unser Gesandter in Brüssel hat infolge der bisherigen Erfolglosigkeit des ersten Schrittes neue Vorstellungen wegen der Behauptungen Broquevilles erhoben; er könnte bei nächster Gelegenheit auch gleich jene Vertreter des belgischen Außenministers in allgemein-politischer wie in finanzieller Hinsicht berichtigen.

## Deutsche Kriegsschiffe in Danzig.

Begegrüßung durch den Präsidenten Sahn. Anlässlich der Anwesenheit des deutschen Linienschiffes „Hessen“ und des Zorpedobootes „T. 190“ in Danzig veranfaßte der Danziger Senat im Rathaus zu Ehren der Marineoffiziere ein Festmahl, bei dem der Senatspräsident Dr. Sahn eine Begrüßungsrede hielt, in der er der Reichsregierung den Dank Danzigs für die Entsendung der Schiffe ausdrückte und Danzigs Deutschum betonte. Nachdem Dr. Sahn dann auf Danzigs uralte Beziehungen zur deutschen Kriegs- und Handelsmarine hingewiesen hatte, schloß er mit den Worten: „Wunderbare Weisen können herüber zu uns aus glorreicher Vergangenheit und sie vereinen sich mit den freudigen Empfindungen, die diese Festtage bei uns in Danzig auslösen, zu einem mächtigen Afford, der aus-

## Günstige Verhandlungen mit Frankreich und Polen

Handelsvertrag und Niederlassungsrecht. Deutschland steht im Begriff, sowohl mit Frankreich als auch mit Polen wichtige Verträge abzuschließen. Bei den Verhandlungen mit Frankreich handelt es sich um ein vorläufiges Wirtschaftsabkommen auf mindestens ein Jahr. In dieser Zeit soll dann in aller Eile über einen endgültigen Handelsvertrag zwischen Frankreich und Deutschland beraten werden, bei dem auch der neue französische Zolltarif berücksichtigt werden wird. Wie es heißt, hat die französische Regierung auf den Gebieten, die bisher heiß umstritten waren, in großen und ganzen die Berechtigung des deutschen Standpunktes anerkannt. Allerdings hat auch die deutsche Delegation Zugeständnisse an Frankreich machen müssen. Wie das „Reich Journal“ zu melden weiß, hat bei den Verhandlungen die Forderung Deutschlands nach Zulassung deutscher Konsulin in Elsass-Lothringen und Marokko eine Rolle gespielt.

Bei den Verhandlungen mit Polen handelt es sich in der Hauptsache um die Frage des Niederlassungsrechtes Deutscher in Polen. Der deutsche Gesandte in Warschau, Kaufser, ist in Berlin eingetroffen, um über den Fortschritt der deutsch-polnischen Besprechungen zu berichten. Die Verhandlungen mit Polen sind zu einem vorläufigen Abschluss gelangt. Von polnischer Seite ist lange Zeit der Kreis der Personen, denen die Niederlassung gewährt sein sollte, sehr eng gezogen worden. Deutscherseits wurde demgegenüber betont, daß eine intensive Pflege der gegenseitigen Handelsbeziehungen nur dann möglich ist, wenn für deutsche Kaufmännische und technische Vertreter absolute Sicherheit für ihren Aufenthalt in Polen gewährleistet ist. Durch die anscheinend betriebene Lösung der Niederlassungsfrage, um die lange Zeit zwischen beiden Parteien gekämpft wurde, ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen gegeben. Diese Wiederaufnahme dürfte, wie man in politischen Kreisen annimmt, aber kaum vor Beendigung des Sommers erfolgen.

## Pilsudski fällt den Senat.

Warschau, 13. Juli. In der heutigen Nachmittags-Sitzung des Senats erschien mitten in der Beratung des Abänderungsprojektes über die Selbstauflösung des Sejms Innenminister Sławkowski. Die Debatte sollte gerade beginnen, als er um das Wort bot. Der Minister verlas eine Verordnung des Staatspräsidenten, durch die die gegenwärtige Session des Senats für geschlossen erklärt wird. Die Sitzung mußte sofort abgebrochen werden. Die Nachricht von diesem Willkürakt der Regierung hat in politischen Kreisen großes Aufsehen erregt.

## Reichskabinett v. Reichschulgesetzentwurf

Berlin, 13. Juli. Die mehrstägigen Beratungen des Reichskabinetts über den Entwurf des Reichschulgesetzes sind heute zum Abschluss gelangt. Die Vorlage fand die einstimmige Zustimmung des Kabinetts. Bezüglich der Behandlung der südwestdeutschen Simultanschulen (Artikel 174 der Reichsverfassung) erklärten die Reichsminister Dr. Curtius und Dr. Stresemann nach Ablehnung des von ihnen dazu gestellten Antrages ihren Standpunkt in dieser Frage aufrecht zu erhalten. Die Veröffentlichung des Gesetzesentwurfes wird noch in dieser Woche erfolgen.

## Dr. Schmidt über die Finanzkonferenz

New York, 14. Juli. Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat über die Ergebnisse der Finanzkonferenz in New York vor Pressevertretern berichtet. Er stellte fest, daß auf der Konferenz die Frage besprochen worden sei, ob es von Vorteil sei, die Geldverhältnisse einzustellen. Betreffs des Dawesplanes erklärte Dr. Schacht, jedes Land müsse seine eigenen Verhältnisse berücksichtigen. Reichsbankpräsident Schacht wies im weiteren Verlauf der Besprechung nach, daß die Frage der Eisenbahnbonn für den Dawesplan noch nicht akut sei. Dr. Schacht stellte weiter fest, daß das Vertrauen über Deutschland seit 1925 weiter gestiegen sei. Dr. Schacht ist inzwischen von New York abgereist.

tingt in die Worte: Herzlich willkommen, ihr lieben Gäste aus dem Deutschen Reich, im deutschen Danzig. Im Namen der Regierung der freien Stadt Danzig erlaube ich mir, das Deutsche Reich und sein Präsident v. Hindenburg, das Sinnbild deutscher Einigkeit, der hochverdienten Ehrenbürger der Stadt Danzig, hoch, hoch, hoch!

Der Kommandant der „Hessen“, Kapitän zur See Zunkermann, dankte für die außerordentlich herzliche Begrüßungsrede. Eine mehrtausendköpfige Menge begrüßte die deutschen Gäste, als sie das Rathaus verließen, mit enthusiastischen Hochrufen.

## Das Erdbeben in Palästina.

Viele Hunderte von Toten. Die Zerstörungen, die das Erdbeben in Palästina angerichtet hat, sind viel größer, als man anfangs angenommen hatte. Über 300 Tote (andere Meldungen wollen sogar schon von tausend Toten wissen) und mehr als 600 Verletzte werden bereits gemeldet. Am schwersten hatte die Stadt Nabulus, das aus der Bibel her bekannte



## Das Erdbebengebiet in Palästina

Sichem, zu leiden. Sogar die Häuser, die an den Abhängen der Berge gelegen sind, stürzten als Ganzes einschließend ihrer Insassen auf den Marktplatz hinunter und forderten im Absturz weitere Opfer. Ausgrabungsarbeiten können nicht vorgenommen werden, da man den Einsturz weiterer Häuser befürchtet. Die blühende Stadt Maan ist in ein einziges Lazarett verwandelt. Hunderte von Verwundeten liegen an vielen Orten unter den Trümmern der eingestürzten Häuser als Opfer der Naturgewalt. Auch Jerusalems hat größeren Materialschaden zu beklagen.

So wurde die bekannte Synagoge Bethel fast beschädigt, ebenso die Weiskirche des Islams, die Omar-Moschee, die auf dem ursprünglichen Platz des Salomonischen Tempels steht. Die Orte Ludd, Ramleh und Jericho melden zahlreiche Tote und Hunderte von Verletzten.

Der Urgrund des „roten“ Meeres ist von jeder vulkanisch gewesen, wie dessen ganze Umgebung in grauer Vorzeit ein einziger Krater war. Sodom und Gomorra, die einst vernichtet wurden, haben dort gelegen, wo auch jetzt wieder das Erdbeben geherrscht hat. Der Erdstoß der letzten Tage hat keinesgleichen in der Vergangenheit der letzten 2000 Jahre nicht gehabt. In Transjordanien sind alle Landstrichen mit Fliehenden überschwemmt.

Die Umwetter haben aber ebenso stark wie am Jordan und in der deutschen Heimat auch noch in den verschiedensten Gegenden des ehemaligen Russischen Reiches gewütet. Auf dem Kaspiischen Meer herrschte ein Sturm, der 33 Fischerboote zum Kentern brachte, wodurch nach bisherigen Meldungen 47 Personen ertranken. In der Ukraine wurden schwere Sturmschäden angerichtet. Winst ist unter schweren Hagelverwüstungen; der Stadt fehlt es seit Tagen an Brot und Mehl.

## Ein neuer Bund der Nationen.

Spanien macht einen Vorschlag. Unter der Überschrift „Eine dauerhafte Friedensgarantie“ veröffentlicht die Madrider „Nacion“ einen Artikel, dessen anonym Verfasser einen groß angelegten Entwurf zur Schaffung eines Bundes der Nationen, der geeignet wäre, die Aufrechterhaltung des Weltfriedens zu gewährleisten, darlegt.

Vorge schlagen wird die Neubildung einer Friedensliga der Staaten Europas, mit Ausnahme Sowjetrusslands, und die Schaffung eines internationalen Gerichtshofes, der als oberstes Schiedsgericht in Betracht käme. Staaten, die einen Schiedspruch nicht anerkennen wollen, sollen durch Diplomatie und wirtschaftliche Maßnahmen dazu gezwungen werden. Ist die Anerkennung des Schiedspruches auch dann nicht zu erzielen, so kann durch die Friedensliga die Kriegserklärung erfolgen und durch ein internationales Heer von den Waffen Gebrauch gemacht werden. Jeder Staat soll eine nur zu diesem Zwecke gebildete Truppenmacht dem internationalen Heer zur Verfügung stellen. Die bisherigen nationalen Armeen würden ganz wegschicken, mit ihnen die allgemeine Wehrpflicht; die Staatsbürger hätten ausschließlich im internationalen Heer, zu dem Deutschland, England, Frankreich und Italien je 11 Prozent der Truppen stellen könnten, zu dienen.

Man vermutet, daß jene neue Völkerverbundgründung von Primo de Rivera selbst angeregt worden sei und daß er auch den Artikel geschrieben habe.